

Gewerkschaftsposition zur Situation des europäischen Heerestechniksektors

(verabschiedet vom 1. industriAll Europe-Exekutivausschuss

Luxemburg, 27.-28. November 2012)

I.

Sichere, nachhaltige Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in Europa, angemessene Arbeitsbedingungen, ein hohes Niveau bei sozialem Schutz und Löhnen sowie Arbeitnehmerrechten sind zentrale Ziele von industriAll European Trade Union. Hierauf gründen unsere Position und Forderungen für den europäischen Heerestechniksektor.

Dieser Sektor leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene. Er bietet Arbeitsplätze für mindestens 128 000 hochqualifizierte Arbeitnehmer und trägt mit seinem Umsatz, Mehrwert und als Motor für Forschung und Innovation zur europäischen Wirtschaft bei. Viele Innovationen und Technologien des Heerestechniksektors eignen sich auch für eine zivile Nutzung.

Seit Mitte der 90er Jahre durchläuft der Sektor einen tiefgreifenden Wandel mit Konsolidierungs- und Konzentrationsprozessen. Seit 2001 ging jeder vierte Arbeitsplatz verloren. Dabei war die negative Entwicklung der Beschäftigung in den neuen EU-Mitgliedstaaten am stärksten ausgeprägt. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass der Veränderungsdruck fortauern wird, nicht zuletzt aufgrund der sinkenden Verteidigungshaushalte. Die aktuelle Krise darf aber nicht als Vorwand genutzt werden sollte, um Arbeitnehmerrechte auszuhöhlen oder Umstrukturierungen mit massiven Arbeitsplatzverlusten und großflächigen Verlagerungen von Produktions- und F&E-Tätigkeiten in Niedriglohnländer vorzunehmen und nur Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung in Europa zu halten. Aufgrund des spezifischen Charakters der Rüstungsgüter tragen die Regierungen eine politische Verantwortung für den Sektor. Die nationalen Regierungen und die Industrie müssen deshalb sicherstellen, dass jeglicher industrieller Wandel antizipiert wird und es klare Perspektiven für die Arbeitnehmer gibt, einschließlich Beschäftigungsalternativen z.B. durch Konversionsprojekte für die Industrie.

Die Gewerkschaften sind ebenfalls gegen Unternehmensstrategien, die ausschließlich auf den weltweiten Export abzielen. Stattdessen sollten die Unternehmen verstärkt die Diversifizierung ihrer Produkte verfolgen.

II.

Die für industriAll Europe erstellte Studie zeigt die Fragmentierung sowohl auf dem Markt für Heerestechnik als auch bei der Versorgung mit Heerestechnikgütern in Europa. Hierbei muss jedoch gleichzeitig das Fehlen eines europäischen Marktes für Wehrtechnikgüter und

einer wirklichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie einer Gemeinsamen Außenpolitik betont werden. Infolgedessen liegt die Verteidigungspolitik in der Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe unterstützen eine verstärkte Zusammenarbeit. Sie weisen allerdings darauf hin, dass diese auf einer gemeinsamen politischen und industriellen Strategie gründen muss, in der die Fähigkeiten und der Bedarf der europäischen Wehrtechnik-Industrie festgelegt sind. In diesem Zusammenhang müssen Europäische Kommission und Europäische Verteidigungsagentur (EDA) eine Rolle einnehmen.

Die Märkte und die Industrie haben sich verändert. Seit Ende des Warschauer Pakts haben die Staaten ihre Verteidigungshaushalte kontinuierlich gesenkt. Gleichzeitig führten die jüngsten Konflikte zu einer beständigen Mobilisierung der Armeen europäischer Länder. Die Heeresstreitkräfte sind für die europäischen Militäroperationen von großer Bedeutung und stellen mehr als 80 % der Ressourcen der heutigen EU-Operationen dar. Die Mitgliedstaaten sind mit Haushalts- und Finanzkrisen konfrontiert und reduzieren weiter ihre Verteidigungsausgaben. Der Bereich der Heerestechnik könnte dabei die wichtigste Variabel zur Anpassung darstellen, als Folge der voll ausgelasteten Verteidigungshaushalte und der begrenzten Verfügbarkeit europäischer Kooperationsprogramme.

III.

Diese Besorgnis veranlasste IndustriAll Europe dazu, sich an der Debatte über notwendige mittel- und langfristige Strategien für die Industriepolitik, die auch den Arbeitnehmern des Heerestechniksektors zu Gute kommen, zu beteiligen.

- Das Beschäftigungsniveau, der geographische Standort und die Qualität der Arbeitsplätze (Qualifikationen, Arbeitsbedingungen und ein hohes Niveau beim sozialen Schutz und den Löhnen) sind Schlüsselemente für die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften betonen die Verantwortung der Institutionen, Arbeitsplätze und Produktionsstandorte zu sichern. Die ganze Bandbreite der industriellen Kapazitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette muss innerhalb Europas bereitgestellt werden und dabei KMU einschließen. Damit wird die strategische Unabhängigkeit von Europa und der EU- Mitgliedstaaten hinsichtlich der Produktion von Wehrtechnikgütern sichergestellt.
- Nach Ansicht der Gewerkschaften erfordert dies, dass die Ausgaben für in Europa hergestellte Wehrtechnikgüter eingesetzt werden und so eine starke wehrtechnisch-industrielle Basis zur Gewährleistung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten geschaffen wird. Diesbezüglich ist eine Debatte über die Kernkompetenzen Europas im Bereich der Wehrtechnik erforderlich. Diese Debatte sollte sich auch darauf beziehen, wo Wehrtechnikgüter hergestellt werden.

Es muss dafür gesorgt werden, dass es Forschung, Entwicklung und Produktion in Europa gibt, wobei ein angemessener Rückfluss von Investitionen sichergestellt wird.

- Nach Ansicht der Gewerkschaften erfordert dies industriepolitische Strategien in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, die außerdem Diversifizierungs- und Konversionsstrategien beinhalten.

IV.

Die europäischen Gewerkschaften fordern die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und die Industrie auf, sicherzustellen, dass

- Arbeitnehmer und ihre Vertreter bei der Diskussion über die notwendigen politischen und industriellen Strategien für den Heerestechniksektor auf allen Ebenen des sozialen Dialogs (regionale, nationale und europäische Ebene) einbezogen werden,
- das europäische Modell der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs in multinationalen Unternehmen gefördert wird,
- größere Anstrengungen unternommen werden, um Kompetenzen und Fähigkeiten Europas im Bereich der Wehrtechnik zu definieren, damit auf dieser Grundlage neue Kooperationsprogramme entwickelt werden können,
- Investitionen in Forschung, Technologie und neue Kooperationsprogramme erhöht werden, um die Kernkompetenzen über die gesamte Wertschöpfungskette des Heerestechniksektors und, darüber hinaus, der Sektoren der zivilen Nutzung wie Verkehr, Energie und Umwelt zu erhalten,
- Investitionen in umweltfreundlichere Herstellungsverfahren erhöht werden und diese auch dazu beitragen sollten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- die Diversifizierung und weitere Nutzungsmöglichkeiten von Produkten in Zusammenarbeit mit den Sektoren der zivilen Nutzung gefördert werden,
- die Beschaffungs- und Produktionssicherheit gewährleistet ist: sollten Programme nicht umgesetzt werden, müssen die Produktionsstandorte einen Ausgleich erhalten,
- Konversionsprogramme eingeführt werden, wo diese nötig sind, um Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung zu schaffen und Kernkompetenzen der Industrie in den Regionen zu erhalten,
- junge Arbeitnehmer geworben werden und ältere Arbeitnehmer weitergebildet werden, um ein hohes Kompetenzniveau und Know-how zu erhalten. Ein Verfahren für die Antizipation des Qualifikationsbedarfs muss auf europäischer Ebene eingerichtet werden.

V.

Schlussfolgerungen

Mehr Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verbunden mit einer starken europäischen Industriepolitik für den Wehrtechniksektor sind notwendig. Die Gewerkschaften unterstützen eine verstärkte Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen und industriellen Strategie.

Es ist die Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen, die Industriepolitik in Europa voranzutreiben, die öffentlichen Ausgaben zu lenken und zu kontrollieren sowie die sozialen Folgen der Umstrukturierungsprozesse zu minimieren. Die nationalen Regierungen und die EU sollten bei der Ausarbeitung industriepolitischer Maßnahmen für den Wehrtechniksektor, einschließlich Diversifizierungs- und Konversionsstrategien, eine aktive Rolle spielen. Gelingt es Europa nicht, eine vorausschauende aktive Politik und Unterstützung für Unternehmen zu entwickeln, riskieren wir, technologisch führende Unternehmen an ausländische Investoren zu verlieren.